

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei: Tagesblatt Riesa,  
Bismarckstr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptstadtsamts Meißen.

Postkontos: Dresden 133,  
Stralosse Riesa Nr. 82.

Nr. 275.

Freitag, 27. November 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Angelegene für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Eilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Jede Zeile, bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingegangen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen: „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Abschließung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktionen: Heinrich Helmreich, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Auch die zweite Lesung des Locarno-Gesetzes erledigt.

11 Berlin. Der Reichstag erledigte die zweite Beratung des Locarno-Gesetzes. Art. 1 wurde in namentlicher Abstimmung mit 271 gegen 153 Stimmen angenommen, Art. 2 und 3 in einfacher Abstimmung.

### Deutscher Reichstag.

11 Berlin, den 26. November 1925.

Am Regierungstische: Reichsaußenminister Dr. Stresemann.

Präsident Loeb eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Auf der Tagesordnung steht die

#### zweite Lesung des Locarno-Gesetzes.

Mit zur Beratung gestellt sind die drei Vertrauensvoten der Deutschnationalen, der Volkslichen und der Kommunisten, sowie der Antrag der Deutschnationalen und der Wirtschaftlichen Vereinigung, die Frage des Eintritts in den Völkerbund in einem besonderen Gesetz zu regeln.

Als erster Redner nimmt das Wort

Abg. Landberg (Soz.).

Er schildert zunächst die Schwierigkeiten, die ein Staatsmann findet, wenn er eine bedeutsame politische Aktion einleitet, deren Wirkungen noch nicht übersehen werden können. Bei aller Schärfe der Kritik müsse man sich immer vor Augen halten, daß der Hauptbeweggrund einer solchen Aktion die Liebe zum Vaterlande ist. Unerhört sei es daher, wenn der frühere deutschnationale Abg. Noth sich ereifert habe, die Anhänger des Locarno-Vertrages als Vorkämpfer zu bezeichnen. (Hört! hört! links.) Diese Erbarmlichkeit müsse einsehen zurückgewiesen werden. (Beifall links u. i. d. Mitte.)

Die Deutschnationalen hätten gehandelt wie ein gewissenloser Lokomotivführer, der im Augenblick der Gefahr von der Maschine abspringt, um sich selbst zu retten. (Unruhe bei den Deutschen.) Ein solcher Mann würde aber immerhin sein Leben retten, während bei den Deutschnationalen nur die Rücksicht auf Wählerstimmen maßgebend gewesen sei. Der Redner betont dann, daß auch die Sozialdemokraten nicht mit heller Begeisterung dem Locarno-Pakt zustimmen. Aber haben Sie denn, so fragt der Redner den Grafen Westarp, von Locarno die sofortige Besetzung des Rheinlandes erhofft? (Abg. Graf Westarp: Ja!) Dann waren Sie allerdings mehr von der Locarno-Vision ergriffen als wir. (Weiter links.) Der Redner weist dann darauf hin, daß das Misstrauen, das die Deutschnationalen gegenüber den Versprechungen der Vertragsgegner hätten, bei den Deutschnationalen subjektiv begründet sei. Aber sie sollten doch endlich lernen, daß es auch noch Leute gäbe, die ihr Wort halten. Der Locarno-Pakt kostet uns den Verzicht auf Krieg, den wir doch nicht führen können, bringe uns aber den Schutz vor neuen Sanktionen und die Befreiung des Rheinlandes. Die Abschaffung von Locarno würde uns einfach in die alte Rechtslosigkeit zurückwerfen. Die Politik der Deutschnationalen habe sich als unethisch und damit als unmöglich erwiesen. (Beif. links, Stiche rechts.)

Abg. Wallraf (Dn.).

erklärt, das Volk verlange eine sachliche Auseinandersetzung über diese Fragen, die man beim Vordränger habe vermeiden müssen. Den Vorwurf eines unethischen Verhaltens der Deutschnationalen Partei weist der Redner zurück. Daß der Präsident diese Äußerung nicht gerügt habe, zeige das tiefe Niveau des Reichstags. Der Redner kommt dann zurück auf die vom Abg. Dr. Scholz angeführten Straßenbahnpläne und empfiehlt, daß man das Plakat „Nimm Rücksicht auf andere“ in jedem Fraktionszimmer aufhänge. Dem Plakat „Nicht abspringen während der Fahrt“ müsse man entgegenhalten, daß es bei der Straßenbahn auch Haltestellen gäbe, an denen man aussteigen könne. (Weiter links.) Ferner gebe es ein Plakat „Rechte Hand am linken Griff.“ (Ern. Weiter links.)

Sein ganz besonderer Bedeutung sei die verschiedenartige Interpretation des Locarno-Vertrages. Es stehe fest, daß maßgebende Staatsmänner der Allierten den Locarno-Vertrag anders auslegten als unsere Regierung, und daß sie als seinen Hauptvorzug die Stabilisierung und freiwillige Anerkennung des Versailles Vertrages durch Deutschland bezeichnen. Damit werde uns das zugemutet, was man nach Bismarcks Äußerung Frankreich für den Frankfurter Frieden nicht zugemutet hätte. Die deutsche Regierung dürfe keinen Vertrag unterzeichnen, der auch nur die Deutung zulasse, daß ein neues Anerkennnis des Versailles Vertrages und ein Verzicht auf deutsches Land ausgesprochen werde. (Beif. rechts.)

Der Redner verweist darauf, daß nach einer Meldung des „Matin“ an die Stelle der aus dem Rheinland abberufenen Zivilbelegierten militärische Delegierte treten sollen. (Hört! hört! rechts.) Im „Tempo“ werde bestritten, daß die Räumung der ersten Zone nur ein Anfang sei, und erklärt, die Allierten würden sich nicht einmal auf eine Unterhaltung über eine weitere Räumung einlassen. (Erneutes Hört! hört!) Wenn ein alter Rheinländer, wie der ehrliche und mutige Justizminister Frecken, die Regierung verlasse, weil er mit Locarno unter keinen Umständen einverstanden sein konnte, so müsse das zu denken geben. Wir glauben an unser deutsches Volk und wollen nicht durch die Annahme des Locarno-Vertrages unserer Jugend die freie Bahn in eine bessere Zukunft verwehren. (Beifall rechts.)

Präsident Loeb erklärt, er habe den vom Abg. Landberg gegen die Deutschnationalen erhobenen Vorwurf einer unethischen Politik nicht rügen können, weil vor kurzem der gegen eine andere Partei erhobene gleiche Vorwurf von einem anderen Präsidenten nicht gerügt worden sei.

Abg. Schaefer (Komm.) betont, man könne Mussolini, Chamberlain und Wels schlecht als Friedensengel ansehen. Die Sozialdemokratie rechne bei ihrer Zustimmung zu Locarno nur auf Ministerposten. Das Protektorat habe von Locarno nichts zu erwarten und lehne die Verträge ab.

Abg. Dr. Verrburg (Dem.) erklärt, die deutschnationale Politik sei dieselbe, die schließlich zum Sturz Bismarcks und zu Versailles führte. Die Welt nach Locarno sei nicht mehr die Welt vor Locarno. Wenn die Regierung rechtzeitig den Eintritt in den Völkerbund erklärt hätte, dann hätte sie den Umweg über Locarno vermeiden können. Locarno ist eine Kooperationspolitik derjenigen, die die ungeschorenen Folgen des Weltkrieges gespürt haben. Der Redner weist den Deutschnationalen vor, daß sie Rückwirkungen verlangen, gleichzeitig aber alles tänen, um die Grundlage dieser Rückwirkungen nicht zunichte kommen zu lassen. Das jetzige deutschnationale Gedächtnis erinnere stark an die Vorgänge bei der Aufhebung der (Zustimmung links.) Die Verantwortungslosigkeit der Deutschnationalen und Kommunisten gehe über alles Maß hinaus. Locarno muß und wird angenommen werden, auch wenn sich die Deutschnationalen auf den Kopf stellen. Guter Menschenverstand und guter Wille seien allein heute notwendig, um den Frieden aufrecht zu erhalten.

Abg. Gamppe (Wirtsch. Vereinig.) fordert Regelung der Völkerbundsfrage durch ein besonderes Gesetz. Der Redner gibt zu, daß Meinungsviertheilheiten in seiner Partei beständen. Niemals könne man ein Werk gutheißen, das das deutsche Recht vergemäße. Die Annetierung Elsaß-Lothringens sei aber eine Vergegenwärtigung des Rechts. Vor unserem Eintritt in den Völkerbund müssen erst eine ganze Reihe von Bedenken beseitigt werden. Wir können einer Regierung, die wir noch gar nicht kennen, nicht so weitgehende Vollmachten geben. Der Redner schließt: Wir sind fest davon überzeugt, daß Deutschland aus seiner Isolierung heraus muß. Unser Opfermut findet aber eine Grenze an den Schranken, die uns unser Rechtsgefühl und unsere Ehre ziehen.

Abg. Dr. Bayeröder (Bayr. Sp.) verweist auf die überstarke Besetzung im Rheinland und das dadurch hervorgerufene Wohnungsleiden, das zur Verelendung der Bevölkerung führe. Wenn das Werk von Locarno überhaupt einen Zweck haben solle, müssen die Besetzungen überhöht oder mindestens die Besatzungstruppen abgezogen werden. Wir bringen dem Reichskommissar Vertrauen entgegen, erwarten aber von ihm, daß er alle Energie zur Verteidigung der deutschen Interessen aufwendet. Wenn der Vertrag nicht den Gesamtinteressen Deutschlands diene, müssen wir ihn ablehnen.

Abg. Gennung (Völk.) warnt vor der Locarno-Vigilante, die uns ins Unglück bringe. Die ganze Locarno-Sache sei absichtlich in die Irre geführt worden, so daß man die Hauptfrage gänzlich mehr erkennen könne. Der Redner behauptet, er habe Radek in Berlin gesehen. Das Auswärtige Amt behauptet allerdings, es handle sich um einen Doppelgänger Radeks. Damit schließt die Aussprache.

#### Die Abstimmung.

Es folgt die Abstimmung über den Artikel 1, der die Zustimmung zum Locarno-Vertrage ausdrückt. Die Abstimmung ist auf Antrag der Deutschnationalen namentlich. Für den Artikel stimmen die Sozialdemokraten, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Demokraten, die Bayerische Volkspartei und die Mehrheit der Wirtschaftlichen Vereinigung, besonders die Vertreter des Bayerischen Bauernbundes und die Deutsch-Dänischeren. Dagegen stimmen die Deutschnationalen, die Volkslichen, die Kommunisten und eine Minderheit der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Der Artikel 1 wird mit 271 gegen 153 Stimmen angenommen.

Es folgt dann zur Abstimmung Artikel 2, wonach die Reichsregierung ermächtigt wird, die zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erforderlichen Schritte zu tun.

Zunächst abgestimmt wird über den deutschnationalen Antrag, der folgendes hinzusetzt: „Zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bedarf es eines besonderen Gesetzes.“ Vor der Abstimmung legt Abg. Reich (Bayr. Sp.) dem Hause folgende

Entschließung

vor: „Die Reichsregierung wird ersucht, von der Ermächtigung des Artikels 2 nur Gebrauch zu machen, wenn sich durch die weiteren Tatsachen die Auffassung der Regierung bestätigt, daß die Gegenseite in den schwebenden Fragen, insbesondere den Fragen der Rheinlande, eine Politik der friedlichen Verständigung befolgt.“ — Der Redner fügt hinzu, daß sich keine Fraktion bis zur Entscheidung über diese Entschließung heute bei der Abstimmung über Artikel 2 der Stimme enthalten werde.

Die Abstimmung über die Entschließung findet am Schluß der Freisaatskammer statt.

Der deutschnationale Antrag wird mit 245 gegen 169 Stimmen bei 19 Enthaltungen abgelehnt.

Es folgt dann die Abstimmung über den Abänderungsantrag der Wirtschaftlichen Vereinigung, der die gleiche Forderung enthält und Artikel 2 folgende Fassung geben will: „Die Ermächtigung der Reichsregierung, die für den Eintritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund erforderlichen Schritte zu tun, wird durch besonderes Reichsgesetz geregelt.“

Die Abstimmung über diesen Antrag ist gleichfalls namentlich.

Der Antrag wird mit 245 gegen 170 Stimmen bei 19 Enthaltungen abgelehnt.

Es folgt dann die

#### Abstimmung über Artikel 2

selbst, wonach die Reichsregierung ermächtigt wird, die zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erforderlichen Schritte zu tun. Dieser Artikel wird in einfacher Abstimmung gegen Deutschnationale, Volksliche, Kommunisten und einen Teil der Wirtschaftlichen Vereinigung angenommen. Angenommen wird auch Artikel 3, wonach dieses Gesetz mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft tritt. Damit ist die zweite Lesung des Locarno-Gesetzes erledigt.

Das Haus verläßt sich.

Freitag, 12 Uhr: Dritte Lesung des Locarno-Gesetzes. Schluß gegen 8 Uhr.

#### Weitere Belegung der Stadt Koblenz mit Truppen.

11 Koblenz. Die Volks-Wehrdeutscher Provinzialdienst erfährt, teilte der Oberbürgermeister in der gestrigen Stadtordnungsitzung mit, daß von der Stadt Koblenz 150 Wohnungen für das Generalkommando und neue Transporteinrichtungen beschlagnahmt werden sollen. Räder, Zier- und Mainz in Koblenz seit Jahren die durch Befestigung am meisten belastete Stadt. Der Oberbürgermeister hat gegen diese Befestigungsbefehlsnahme bei dem Kreisbelegierten Einspruch erhoben und nach Berlin Drängungen gesandt, in denen er den Reichskanzler, den Reichsminister des Reichs, den Minister für die besetzten Gebiete und den Reichsminister des Innern ersuchte, ihm bei der Verhütung der Befestigung der 150 Wohnungen beizustehen. Ferner hat sich der Oberbürgermeister an den Auslöser für die besetzten Gebiete gewandt.

#### Die Belegung von Trier und Jülich.

Die Germania meldet: Die wir aus sicherer Quelle erfahren, handelt es sich bei der Truppenbelegung in Trier und Jülich lediglich um eine vorübergehende Maßnahme, nämlich um die Unterbringung der auf dem Rückmarsch befindlichen französischen Truppen. Die französische Regierung hat bestimmt zugelassen, daß die Belegung von Trier und Jülich in kürzester Frist auf den früheren Stand zurückgeführt werde.

#### Die Umgruppierung der Besatzungstruppen.

11 Paris. Gavas meldet aus Mainz, der Generalstab der französischen Besatzungstruppen am Rhein hat die durch die Räumung der Kölner Zone und die Befestigung Wiesbadens durch die englischen Truppen notwendig gewordenen Umgruppierungen so gut wie beendet. Die Besatzungstruppen werden künftig auf drei Armeekorps, sechs Divisionen, darunter eine Kavalleriedivision beschränkt. Die Truppen, die in Wiesbaden gehalten hatten, werden nach Mainz geleitet werden als Ersatz für die 42. Division, die als Verhärterung nach Mainz geleitet worden war und die ebenso wie die 5. und 6. Kavallerie nunmehr nach Frankreich zurückkehren. Der Generalstab des 30. Armeekorps wird nach Koblenz verlegt. Dieser Nachricht fügt Gavas hinzu, daß die Umgruppierung der Truppen die Kosten der Befestigung nicht vermehre, sondern im Gegenteil in gewissem Maße die Transportkosten vermindere.

#### Der größte Schiffsfahrtskonzern.

Mit der Durchführung der vom Norddeutschen Lloyd geplanten Fusion mit der Roland-Linie, der Hamburg-Bremer Afrika-Linie, sowie der Dampfschiffreederei Horn A.S. wird, wie die B. Z. meldet, ein neues Gebilde entstehen, das mit seinen 613 000 Br. Reg. T. weitens der größte deutsche Großschiffsfahrtskonzern sein wird. Die einzelnen Linien werden sich so ergänzen, daß alle fünf Erdteile angefahren werden. Mit diesen Beschlüssen folgt die Großschiffsahrt den Bestrebungen der Groß-Industrie nach Verbilligung und Rationalisierung.

#### Deutschlands Zahlungen an Großbritannien.

London. (Frankfurt.) In der gestrigen Sitzung des Unterhauses antwortete Churchill auf eine Anfrage: Großbritannien hat von Deutschland bis zum 31. Oktober 1925 90 Millionen Pfund Sterling für Verpflegungskosten, Reparationen und in Erfüllung anderer Verpflichtungen sowie 24 Millionen Pfund Sterling in Beilegung von Vorkriegsschulden, also insgesamt 114 Millionen Pfund Sterling erhalten. Im übrigen zahlt Deutschland den Betrag von 10 Millionen Pfund Sterling an Großbritannien. Die Zahlungen sind durch das Dawesabkommen verpflichtet ist, aber es können keine zuverlässigen Angaben darüber gemacht werden, wieviel es noch zu zahlen hat.